

**Robustes Wirtschaftswachstum im Jahre 2000. Konjunkturelle Verlangsamung 2001. Beschleunigte Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion 2002. Anregende Wirtschaftspolitik bei Unterbrechung des finanzpolitischen Konsolidierungskurses. Weitere Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Anfang 2002 Einführung der 35-Stunden-Woche auch in Kleinbetrieben. Abschwächung des Preisanstiegs. Leistungsbilanz nach wie vor mit Überschüssen.**

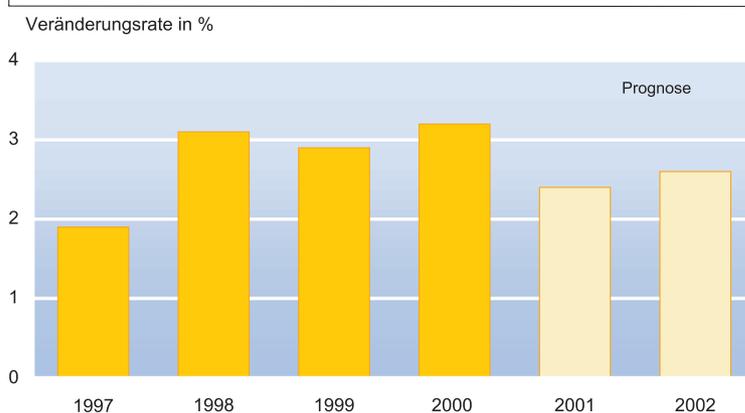
Das politische und soziale Umfeld steht bereits seit Mitte 1999 im Zeichen der 2002 fast gleichzeitig stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung sowie des Staatspräsidenten. Die Resultate der Kommunalwahlen vom Frühjahr 2001 lassen noch nicht auf eine Entscheidung schließen. Politische Skandale leisten Politikverdrossenheit Vorschub. Die Streikbereitschaft, vor allem im öffentlichen Dienst, hat zugenommen. Der Streit um die Verwaltung der Sozialversicherung erreicht einen neuen Höhepunkt.

Bereits die Europa-Wahlen im Jahre 1999 gerieten zum Probelauf für die Parlamentswahlen 2002. Sie hatten mit Europa nur wenig zu tun und bescherten den bürgerlichen Parteien, vor allem aber den Neo-Gaullisten (RPR) herbe Verluste. Ähnlich verhielt es sich mit der überwiegend als schwach empfundenen französischen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2000, die in der EU-Vertragsreform von Nizza ihren nur teilweise gelungenen Höhepunkt fand und mehr von einer Verteidigung französischer Interessen statt von europapolitischen Impulsen geprägt war. Auch der Parteitag der Sozi-

alistischen Partei im Herbst 2000 (auf dem u.a. ein föderales Europa gefordert wurde) stand im Schatten kommender Wahlkämpfe, da ein Zerwürfnis mit der immer aufmüpfiger größere Verteilungsgerechtigkeit fordernden Parteilinken und der um Premierminister Jospin gescharten Mehrheit vermieden und Kontinuität signalisiert werden sollte. Demgegenüber ist die Konsolidierung der Parteienlandschaft des mittleren und rechten politischen Spektrums immer noch im Gange. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom März 2001, ebenfalls zum Stimmungstest mutiert, brachten keinen Fingerzeig auf die 2002 zu erwartenden Wahlergebnisse. Während das rechtsbürgerliche Lager in der Provinz einigen Boden gutmachte, eroberte die Linke die Rathäuser von Paris und Lyon.

Die Wahlchancen der beiden Lager für 2002 sind schwer zu beurteilen. Einmal ist kaum zu sagen, wie die zunehmend politikverdrossenen Wähler auf die vielfältigen, Parteien und sogar höchstgestellte Persönlichkeiten involvierenden Parteispenskandale reagieren. Ferner ist offen, ob die Abnützungerscheinungen zeigende und von zunehmenden Spannungen innerhalb der Koalition irritierte Regierung sich rechtzeitig als glaubwürdige handlungsfähige Kraft profilieren kann; so suchen sich die Kommunisten nach ihrem Debakel bei den Kommunalwahlen zunehmend als linke Kraft einerseits gegenüber den Sozialisten und andererseits gegenüber den trotzkistischen Linksextremisten zu profilieren, und auch die Grünen erweisen sich zunehmend als unbequemer Koalitionspartner, doch ist an einem vorzeitigen Auseinanderbrechen des Regierungsbündnisses keiner der Beteiligten interessiert. Zudem hat Ministerpräsident Jospin noch nicht offiziell entschieden, ob er gegen Staatspräsident Chirac im Kampf um das höchste Staats-

## Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

amt antreten will. Und schließlich deutet noch nichts darauf hin, ob die Franzosen auch unter dem Aspekt der »Cohabitation« zwischen sozialistischem Premierminister und neogaullistischem Staatspräsidenten abstimmen werden. Mit dieser seit eineinhalb Jahrzehnten praktizierten Variante der »countervailing powers« ist die Bevölkerung nämlich im Allgemeinen ganz zufrieden.

Für die Regierung wird viel davon anhängen, wie sie die seit Anfang 2001 zunehmende Streikbereitschaft neutralisieren kann: Zunächst wurde gegen die Heraufsetzung des Pensionsalters von 60 auf 65 Jahre gestreikt. Dann legten die Staatsbediensteten für den Erhalt der Kaufkraft ihrer Löhne die Arbeit nieder. Anschließend traten die Eisenbahner für Lohnaufbesserungen, beschleunigte Einstellungen neuen Personals und gegen die geplante Reorganisation der Staatsbahn in den Ausstand. Und zuletzt gingen die Belegschaften von zur Schließung vorgesehenen Zweigwerken in- und ausländischer Konzerne auf die Straße. Hierauf reagierte die Regierung zur großen Genugtuung des kommunistischen Koalitionspartners rasch mit verschärften und in jeder Hinsicht umstrittenen Gesetzesbestimmungen beim Abbau von Arbeitsplätzen. So wurde u.a. die Definition zulässiger Entlassungsgründe enger gefasst.

Der Streit zwischen der Regierung einerseits, sowie den Gewerkschaften und dem Unternehmerverband (Medef) andererseits über die bisher von den Sozialpartnern verwalteten Sozialversicherungen hat jüngst mit dem Austritt des Medef einen neuen Höhepunkt erreicht. Er will in Verhandlungen mit Gewerkschaften und Regierung erreichen, dass die Entscheidungsbefugnisse der Selbstverwaltung genauer gefasst, die Konten transparenter geführt, unautorisierte Eingriffe der Regierung untersagt und etwaige Überschüsse den Sozialkassen verbleiben; zur teilweisen Finanzierung der 35-Stunden-Woche verwendet die Regierung eigenmächtig Mittel der Sozialversicherung.

Die Wirtschaftspolitik dürfte unter diesen Umständen zwar grundsätzlich weiter dem »voluntaristischen« Kurs (»Méthode Jospin«) folgen: Einerseits vorsichtige Deregulierungen, Liberalisierungen und Privatisierungen sowie eine weitere Ausrichtung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft an den im Lande ganz überwiegend ungeliebten Notwendigkeiten von Globalisierung und angelsächsischen Wirtschaftspraktiken. Andererseits wird die »Exception française« hochgehalten, und schmerzhaft Veränderungen werden, soweit wie möglich und mit Blick auf die Reformideen der Linken nötig, verzögert und sozial abgefedert. Entscheidend für die Wahlchancen der Regierungskoalition wird die weitere Besserung der Arbeitsmarktlage sowie eine Steigerung der Massenkaufkraft sein. Dies dürfte zwar nicht zu einem Rückfall in den Keynesianismus führen, aber die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vorübergehend unterbrechen.

## Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2000

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen stellten sich wie folgt dar: In den USA nahmen Nachfrage und Produktion um 5% zu. In Japan ist das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7% gestiegen. In Mitteleuropa expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 3,8%. In Westeuropa nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,3% zu; in der EU waren es ebenfalls 3,3%, im Euro-Raum expandierte es um 3,4% und in Deutschland um 3%. Der Einfuhrpreis für Rohöl betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,3 US-Dollar pro Barrel. Industrierohstoffe (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber 1999 auf Dollar-Basis um 8%. Der Wechselkurs des Euro betrug im Schnitt des Jahres 0,92 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels expandierte in einer Größenordnung von 12%.

In Frankreich hat sich das Wirtschaftswachstum während des Jahres in der Grundtendenz – und im Gegensatz zu den meisten anderen westeuropäischen Volkswirtschaften – beschleunigt, obwohl der private Konsum schwächer expandierte. Treibsatz der Entwicklung waren in erster Linie die Ausrüstungsinvestitionen, aber auch die Ausfuhr stieg sehr kräftig, und die Lager wurden lebhaft aufgestockt. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm um 3,2% zu (gemäß provisorischen Berechnungen; die endgültige Zahl wird man wie üblich mit dreijähriger Verzögerung erfahren); damit ist die Dauer des Aufschwungs annähernd mit der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung in den späten achtziger Jahren vergleichbar. Stützend wirkten die günstige Entwicklung der Weltkonjunktur im Allgemeinen und die weitere Aufwertung des US-Dollars im Speziellen. Geld- und Finanzpolitik haben demgegenüber nur leicht anregend gewirkt. Auf dem Arbeitsmarkt besserte sich die Lage nochmals erheblich. Gleichzeitig verteuerte sich die Lebenshaltung etwas rascher, wesentlich bedingt durch gestiegene Importpreise. Letztere ließen das Aktivum der Leistungsbilanz im Verhältnis zum BIP etwa um die Hälfte sinken. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kam nur noch langsam voran.

Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen wurde mit einer Zuwachsrate von 13,6% wieder zur dynamischsten Kraft auf der Nachfrageseite. Anregend wirkten der kräftige weltwirtschaftliche Aufschwung im Allgemeinen und die günstige Konjunktur in Europa im Besonderen. Sehr lebhaft nahmen speziell die Lieferungen in die USA sowie nach Ost-/Südostasien zu, angeregt durch die dort sehr lebhaft Nachfrage und den für französische Exporteure recht vorteilhaften Dollarkurs. Stützend wirkte ferner die gute und weiter verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit infolge nur schwach (und spürbar schwächer als der internationale Durchschnitt) steigender Lohnstückkosten. Der Import expandierte mit 14,7% sogar noch stärker. Die annähernde Halbierung des Aktivums der Leistungsbilanz in Relation zum BIP auf 1,2% ist jedoch auf die deutliche ener-

giepreis- und wechselkursbedingte Verschlechterung der Terms of Trade zurückzuführen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** haben um 6,7% und damit fast im Tempo des Vorjahres zugenommen. Überdurchschnittlich expandierten die Unternehmensinvestitionen. Hohe und stetig steigende Kapazitätsauslastung, niedrige Zinsen, günstige Absatz- und Ertragserwartungen und der Zwang zu kräftiger Rationalisierung als Reaktion auf den Einstieg in die 35-Stunden-Woche stimulierten. Der Wohnungsbau erhöhte sich als Reflex des Booms von 1999 und der hierdurch entstandenen Kapazitätsengpässe verlangsamt. Er nahm aber immer noch lebhaft zu. In die öffentliche Infrastruktur wurde hingegen mit Blick auf die Kommunalwahlen im März 2001 wesentlich mehr investiert als im Jahr zuvor.

Der **private Konsum** wurde mit 2,3% nur wenig stärker als 1999 ausgeweitet. Zwar stiegen die verfügbaren Einkommen infolge etwas rascher erhöhter Löhne, schneller zunehmender Beschäftigung und erheblicher Steuersenkungen nominal stärker als 1999. Hiervon wurde jedoch ein erheblicher Teil durch die ausgeprägte Energieverteuerung kompensiert. Zudem ist die Sparquote gestiegen. Der **öffentliche Verbrauch** wurde mit 1,5% deutlich langsamer erhöht als 1999.

Auf dem **Arbeitsmarkt** hat sich die Lage beschleunigt verbessert. Die Beschäftigung ist um 2,5% gestiegen; hiervon resultiert etwa 1/3 Prozentpunkt aus der Arbeitszeitverkürzung. Die Arbeitslosenquote ging im Schnitt des Jahres kräftig auf 9,2% zurück.

Der **Preisaufrtrieb**, zunächst etwas beschleunigt, aber immer noch moderat, beruhigte sich erheblich als Folge der Senkung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt auf 19,5% im April. Anschließend bewirkte der Energiepreisanstieg eine leichte Beschleunigung. Im Jahresdurchschnitt lagen die **Konsumentenpreise** um 1,8% über dem Niveau von 1999.

### Wirtschaftspolitik

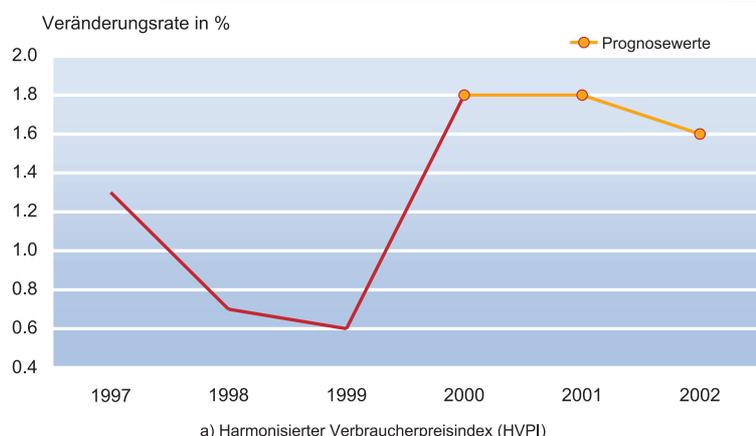
Insgesamt wird die Konjunktur in den Jahren 2001 und 2002 von der Wirtschaftspolitik gestützt. Das gilt in erster Linie für den für die Exportwirtschaft immer noch günstigen **Dollarkurs**. Von der Finanzpolitik sind mit Blick auf die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Winterhalbjahr 2001/2002 zusätzliche Impulse zu erwarten. Die Geldpolitik gibt heuer keine und 2002 nur geringe Anregungen. Im Hinblick auf die Wahlen im Jahre 2002 führt die Regierung ihr bisheri-

ges konjunkturelles Erfolgsrezept fort: Sicherung des günstigen Konsumklimas durch Ausweitung der Beschäftigung und Steuerentlastungen.

Die **Geldpolitik** der Europäischen Zentralbank (EZB) hatte vom November 1999 bis Oktober 2000 ihren Schlüsselzins in sieben Schritten von 2,5% auf 4,75% erhöht. Begründet wurden die Maßnahmen mit der das Wachstum des Produktionspotentials übersteigenden Produktionsausweitung im Euro-Raum und der konjunkturellen Überhitzung in einigen Ländern sowie dem ölpreis- und wechselkursbedingten Teuerungsschub. Wie die Entwicklung sowohl der langfristigen als auch der kurzfristigen Zinsen zeigt, konnte die EZB auf diese Weise zunächst die aufkommenden Inflationserwartungen dämpfen: Der von 3% im Durchschnitt 1999 auf 5,1% im November 2000 gestiegene Satz für Dreimonatsgeld ging auf zuletzt 4,3% zurück. Ob man auf die Taylor-Regel, die McCallum-Regel, den langfristigen Durchschnitt oder den Realzins rekurriert – **kurzfristige Finanzierungen waren und sind nach wie vor günstig**.

Die Rendite langlaufender Staatsanleihen erreichte zuletzt im August 2000 mit 6% ihr Hoch, sank bis März 2001 auf 5,4% und erhöht sich seither im Zuge steigender Inflationsraten wieder. Gleichzeitig verlangsamte sich der Anstieg der Geldmenge M3 (des ersten Pfeilers der Zwei-Säulen-Strategie der EZB) und näherte sich der geplanten jahresdurchschnittlichen Ausweitung um 4,5% p.a. Nach der jüngst neu definierten Abgrenzung von M3 – was einer Revision nach unten gleichkam – entsprach deren Anstieg zuletzt annähernd diesem Richtwert. Der zweite Pfeiler, ein mittelfristiger Anstieg der Konsumentenpreise (HVPI) um 2% p.a., bereitet jedoch Sorgen. Nach einer Inflationsbeschleunigung ab Mitte 2000 und kurzer Beruhigung um die Jahreswende 2000/2001 sind die Inflationsraten bis zuletzt wieder gestiegen, hauptsächlich verursacht durch die Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln sowie den wieder gestiege-

**Konsumentenpreise<sup>a)</sup>**



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

nen Dollarkurs. Im Mai 2001 lag die Teuerungsrate im Euro-Raum mit 3,4% wesentlich über der EZB-Zielvorgabe. Gleichwohl hat die EZB ihren Leitzins Anfang Mai 2001 um 1/4 Prozentpunkt auf 4,5% gesenkt unter Hinweis auf die abzusehende Verlangsamung des Preisauftriebs u.a. als Folge von Konjunkturabschwächung, gerade noch mäßigem Lohnanstieg und das Einschwenken des Wirtschaftswachstums auf den Potentialpfad. Im Verlauf dieses Jahres könnte es noch zu einem oder zwei kleineren Zinsschritten kommen, auch mit Blick auf den rasanten Zinsrückgang in den USA. Angesichts des Inflationsschubs von April/Mai wären diese aber kaum verantwortbar, solange es nicht zu einer nachhaltigen Verlangsamung des Preisauftriebs gekommen ist.

Für Frankreich ist die monetäre Lockerung wegen des dort im westeuropäischen Vergleich moderaten Preisauftriebs vertretbar und kommt wegen der abflauenden Konjunktur auch gelegen. Letzteres umso mehr, als ein erheblicher Teil der mittel- und langfristigen Kredite (etwa 30 bis 50%) mit den kurzfristigen Zinsen indiziert sind.

Die **Finanzpolitik** wird die Konjunktur heuer und im Hinblick auf die unsicheren Wahlaussichten der Regierungskoalition wohl auch 2002 stützen. Wie im Vorjahr konzentrieren sich die Steuerentlastungen (per Saldo 51,1 Mrd. FFR oder 1/2% des BIP) – nachfragesteigernd konzipiert – weitgehend auf die privaten Haushalte (vor allem Senkung der Einkommensteuer und der Wohnsteuer, Abschaffung der Steuer auf privat genutzte Kfz, Herabsetzung der Treibstoffsteuer ab Oktober). Die die Angebotsseite stärkenden Entlastungen des Unternehmenssektors (u.a. Abschaffung des 1995 eingeführten Zuschlags zur Körperschaftsteuer, Reform der Gewerbesteuer) betragen netto nur ein Fünftel obiger Summe. Die Steuersenkungen im Jahre 2001 sind Teil eines mittelfristigen und geschickt um das Wahljahr 2002 gruppierten mittelfristigen Programms 2001/2003 zur Verringerung der im westeuropäischen Vergleich immer noch hohen Steuer- und Abgabenquote; diese ist im Jahre 2000 nur leicht auf 45,5% des BIP zurückgegangen. Es beinhaltet Steuersenkungen im Ausmaß von 120 Mrd. FFR.

Der **Staatshaushalt 2001** sieht eine Zunahme der Ausgaben um 1,5% vor, was bei einer projektierten Teuerungsrate in etwa gleicher Höhe einer realen Stagnation gleich käme. Tatsächlich dürften das Volumen der Ausgaben jedoch leicht steigen, auch weil die Stellen im öffentlichen Dienst spürbar ausgeweitet werden. Das Budget basiert auf der Annahme eines gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs um 3 bis 3,6%. Dieser ist nicht zu erreichen. Damit fallen konjunkturbedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben an. Dies impliziert eine Verfehlung der im mittelfristigen, mit der EU abgestimmten Stabilitätsprogramm vorgesehenen Verringerung des gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits im Verhältnis zum BIP auf 1% in 2001 und 0,6% 2002. Im

Jahre 2000 hatte der Fehlbetrag 1,3% (geplant waren 1,4%) betragen, wenn man die Erträge aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen herausrechnet. Das Defizit dürfte heuer reichlich 1 1/2% und 2002 nicht viel weniger betragen, also mehr als im Stabilitätsprogramm 2001/2004 geplant ist. So lag das Finanzierungsdefizit bereits während der ersten vier Monate über den Vorgaben. Auch dürften mit Blick auf die Wahlen im kommenden Jahr die infolge der langsamer als angenommen expandierenden Wirtschaft entstehenden Steuer- und Abgabenausfälle sowie Mehrausgaben nicht durch Sparmaßnahmen ausgeglichen werden. Das Wirken der »automatischen Stabilisatoren« war im Falle Frankreichs auf dem EU-Gipfel in Göteborg Mitte Juni 2001 wegen des hohen Budgetdefizits ausdrücklich als unzulässig bezeichnet worden. Die für den Staatshaushalt 2002 angestrebte Beschränkung des Anstiegs der realen Ausgaben auf lediglich 0,5% erscheint damit obsolet. Der mit der EU abgesprochene Überschuss von 0,2% des BIP im Jahre 2004 hängt folglich ebenfalls in der Luft.

Die **Lohnpolitik** bleibt stabilisierungsorientiert, um den Preisauftrieb gering zu halten und die internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verbessern; wie schon seit Jahren werden die Lohnstückkosten heuer und 2002 langsamer steigen als im Durchschnitt der westlichen Industrieländer. Wie seit den achtziger Jahren üblich wird dem öffentlichen Dienst eine Vorreiterrolle bei der Lohnmäßigung zugeordnet. Außerdem werden die Tarifpartner immer wieder auf die wie im übrigen Westeuropa auch als Gegenleistung für Lohnzurückhaltung gedachten Steuersenkungen hingewiesen. Die Stundenlöhne dürften um etwa 3,5% steigen.

Auf dem Gebiet der **Alterssicherung** tut sich im Gegensatz zu den skandinavischen Ländern, den Niederlanden, Österreich und Deutschland nichts. Die Gewerkschaften lehnen sowohl Leistungskürzungen als auch eine Heraufsetzung des Pensionsalters vehement ab. Die Unternehmen befürworten zwar letzteres, schicken ihre Mitarbeiter aber weiter eifrig in den Vorruhestand. Vor Mitte 2002 sind keine staatlichen Initiativen zu erwarten.

Die **Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden** wurde Anfang 2001 in den mittleren und großen Unternehmen, also für etwa ein Viertel der Arbeitnehmer, weitgehend, wenn auch nicht konfliktfrei realisiert. Vor allem die Großen haben die Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Arbeitszeit mittels jährlicher Arbeitszeitkonten genutzt. Der öffentliche Dienst hat noch nicht reagiert. In den Auswirkungen zunehmend umstritten – bisher sollen hierdurch reichlich 200 000 Stellen zusätzlich geschaffen oder erhalten worden sein – wird sie Anfang 2002 auch in Unternehmen mit weniger als 20 Arbeitnehmern eingeführt. Diese werden mit der Umsetzung jedoch wesentlich größere Probleme haben. Hier fällt das Gros der Anpassungskosten an, so dass die Regierung – zumal vor den Wahlen – ein sehr flexibles Vorgehen er-

möglichen dürfte. Auch die Finanzierung der Arbeitszeitverkürzung ist problematisch.

**Arbeitsmarktpolitisch** bedeutsam ist die Verlängerung des 1997 aufgelegten und bis 2002 geplanten Jugend-Arbeitsprogramms – als Antwort auf die besonders hohe Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen ohne Schulabschluss und berufliche Qualifikation – um weitere sechs Jahre. Etwa 275 000 Personen im Alter von 18 bis 26 Jahren werden derzeit hiervon erfasst. Sie haben auf zwei Jahre befristete und eher schlecht bezahlte Stellen im öffentlichen Dienst. Die Kosten sind mit rund 24 Mrd. FFR pro Jahr allerdings erheblich.

**Ordnungspolitisch** sind vor den Wahlen 2002 keine nennenswerten Fortschritte zu erwarten. Die Liberalisierung und – bei der Bevölkerung überwiegend unpopuläre – Privatisierung von Elektrizitäts- und Gaswirtschaft liegen auf Eis, ganz zu schweigen von der Staatsbahn. Auch eine Verringerung des Staatsanteils von 55,5% an France Telekom wird abgelehnt.

### Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2001

Als **weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt ungefähr um 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. Die gesamtwirtschaftliche Produktion expandiert in **Japan** etwa auf dem Niveau des Jahres 2000. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um knapp 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 2% ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind etwa gleiche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland annähernd 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% beträgt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 26 US-

Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken auf Dollar-Basis im Jahresdurchschnitt etwas unter das Niveau von 2000. Der **Wechselkurs des Euro** beträgt durchschnittlich 0,85 bis 0,95 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** steigt in einer Größenordnung von 5%.

In **Frankreich** ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal verlangsamt ausgeweitet worden, bedingt durch schwächeren Export und spürbaren Lagerabbau. Die konjunkturelle Abschwächung dürfte sich zunächst noch fortsetzen. Hierauf deuten auch die Ergebnisse von Unternehmensbefragungen hin. Im Herbst ist, ausgehend von einer weltwirtschaftlichen Erholung, der Beginn des nächsten Aufschwungs zu erwarten. Das reale **Bruttoinlandsprodukt** dürfte um annähernd 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% expandieren. Der Preisauftrieb bleibt moderat und wird allmählich langsamer. Das Aktivum der Leistungsbilanz dürfte sich gegenüber 2000 verringern.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen wird in seinem Schwung von der ungünstigeren weltwirtschaftlichen Entwicklung, vor allem aber vom schwächeren Nachfrageanstieg in Westeuropa kräftig gebremst; die konjunkturelle Abkühlung in den USA wirkt sich sowohl direkt (im Jahre 2000 gingen 9,4% der Warenausfuhr in die Vereinigten Staaten) als auch indirekt über die Entwicklung bei anderen wichtigen Handelspartnern aus. Mit knapp 6% dürfte er nicht einmal halb so stark zunehmen wie im vorigen Jahr. Die Lieferungen in die USA und in die asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländer expandieren trotz des nach wie vor günstigen Dollarkurses verlangsamt, bedingt durch die dortige Konjunkturflaute. Die Steigerung des Absatzes in Westeuropa, wohin zwei Drittel der Warenexporte gehen, wird durch die dortige Konjunkturabkühlung, besonders aber durch die flauere Wirtschaftsentwicklung in Deutschland er-

### Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	1999	2000	2001 <sup>a)</sup>				2002 <sup>a)</sup>			
			OFCE <sup>b)</sup>	REXECODE <sup>c)</sup>	EU <sup>d)</sup>	OECD <sup>e)</sup>	OFCE <sup>b)</sup>	REXECODE <sup>c)</sup>	EU <sup>d)</sup>	OECD <sup>e)</sup>
Bruttoinlandsprodukt	2,9	3,2	3,0	2,6	2,9	2,6	3,3	2,6	2,8	2,7
Inlandsnachfrage	2,7	3,2	3,2	3,0	3,0	2,8	3,3	2,6	3,0	2,8
Privater Verbrauch	2,1	2,3	2,8	2,6	2,5	2,6	3,5	2,8	2,7	3,0
Staatsverbrauch	2,6	1,5	2,0	1,6	1,8	1,6	2,0	1,5	1,5	1,5
Bruttoanlageinvestitionen	7,1	6,7	5,6	5,3	6,3	5,0	4,6	3,6	5,5	3,8
Exporte <sup>f)</sup>	3,7	13,6	9,1	6,1	9,5	7,4	7,4	5,5	7,6	6,5
Importe <sup>f)</sup>	3,6	14,7	10,6	7,8	10,5	8,7	7,9	5,9	8,6	7,5
Industrieproduktion	2,1	3,2	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise	0,6	1,8	1,4	1,2	1,3	1,4	1,5	1,2	1,6	1,5
Arbeitslosenquote	11,2	9,5	8,7	8,8	8,5	8,6	7,9	8,5	7,8	8,1
Leistungsbilanz <sup>g)</sup>	2,3	1,2	1,7	1,9	1,1	1,7	1,9	1,9	1,1	1,4
Finanzierungssaldo des Staates <sup>g)</sup>	-1,6	-1,3	-1,0	-1,3	-0,6	-0,5	-0,5	-1,0	-0,8	-0,8

<sup>a)</sup> Schätzungen. – <sup>b)</sup> Observatoire Française des Conjonctures Economiques, Paris, vom März 2001. – <sup>c)</sup> Centre de Recherches pour l'Expansion de l'Economie et de la Développement des Entreprises, Paris, vom April 2001. – <sup>d)</sup> Kommission der EU, Brüssel, vom April 2001. – <sup>e)</sup> Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom April 2001. – <sup>f)</sup> Güter und Dienstleistungen. – <sup>g)</sup> In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

heblich gebremst. Hiervon sind alle Kategorien betroffen. Das gilt auch für die gewichtige Position Nahrungsmittel, bei der die Auslandsnachfrage infolge von BSE sowie Maul- und Klauenseuche leidet. Da mittlerweile auch in Frankreich der Export einen hohen Importanteil enthält, dämpft die Ausfuhrverlangsamung zusammen mit der Dämpfung der Inlandsnachfrage auch die Zunahme der **Einfuhr** erheblich, wenn auch etwas weniger ausgeprägt als beim Export. Da sich jedoch die Terms of Trade weniger stark verschlechtern werden als im vorigen Jahr, ist mit einem bei 1% des BIP liegenden Überschuss der **Leistungsbilanz** zu rechnen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (knapp + 5%) büßen zwar auch an Dynamik ein – hierauf lässt das durch Unternehmensbefragungen ermittelte Geschäftsklima in Industrie und Bauwirtschaft sowie die Resultate des Investitionstest vom April 2001 schließen –, bleiben jedoch eine kräftige Stütze der Nachfrage. Das gilt in erster Linie für die Ausrüstungsinvestitionen. Denn die Zinsen sind niedrig. Die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie ist zwar im ersten Halbjahr 2001 gesunken; mit 87,5% entsprach sie im zweiten Quartal jedoch nicht nur dem hohen Mittelwert des Vorjahres, sondern lag auch deutlich über dem langfristigen Durchschnitt. In die Rationalisierung der Produktion wird weiterhin sehr lebhaft investiert, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verbessern und die Kosten des Übergangs auf die 35-Stunden-Woche möglichst zu kompensieren. Die Bauinvestitionen nehmen langsamer zu. So entfällt der Impuls durch die Aufräumarbeiten und Reparaturen der Sturmschäden von Ende 1999. Der Wohnungsneubau expandiert infolge rasch steigender Baukosten verlangsamt. Auch der Wirtschaftsbau verliert leicht an Schwung, während die öffentlichen Bauinvestitionen vor den Wahlen erheblich ausgeweitet werden.

Der **private Konsum** nimmt bei wenig veränderter Sparquote um knapp 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% und damit weiterhin robust zu. Zwar hat sich das auf der Basis von Verbraucherbefragungen ermittelte Konsumklima seit dem zu Jahresbeginn registrierten Höchststand deutlich eingetrübt. Der für Mai errechnete Stand entspricht jedoch immer noch dem während der Hochkonjunktur Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre verzeichneten Niveau. Stützend wirken die Einkommensteuersenkung und die Abschaffung der Kfz-Steuer, ziemlich stetig steigende Reallöhne sowie die sich weiter bessernde Lage auf dem Arbeitsmarkt. Der **öffentliche Verbrauch** dürfte um etwa 2% zunehmen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Lage weiter, wenn auch nicht mehr so rasch wie letztes Jahr. Die Beschäftigung dürfte um knapp 2% zunehmen; u.a. werden im staatlichen Unterrichtssektor über 11 000 Kräfte zusätzlich eingestellt. Die Arbeitslosenquote sinkt im Jahresdurchschnitt auf ca. 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. Der Mangel an qualifizierten Kräften bleibt erheblich.

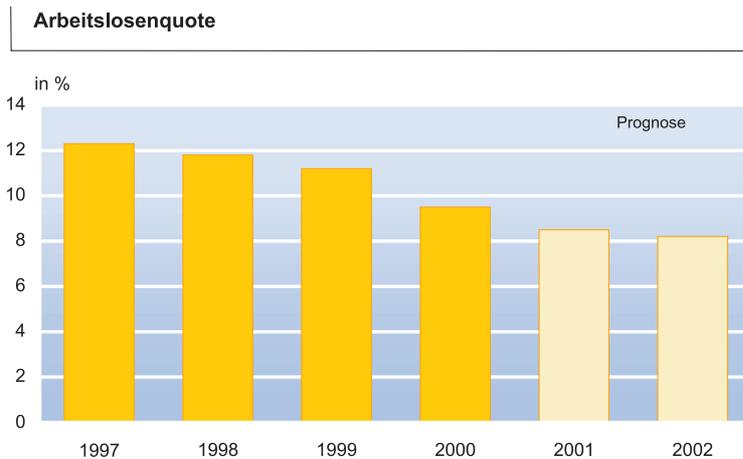
Der Preisaufrtrieb hat sich während der ersten Monate 2001 beschleunigt, vor allem bedingt durch die rasche Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln. Da im weiteren Verlauf des Jahres mit einer Verlangsamung zu rechnen ist, dürften die **Konsumentenpreise** um reichlich 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% steigen. Das wäre wiederum spürbar weniger als im westeuropäischen Durchschnitt.

### Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2002

Als **weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen** werden unterstellt: In den **USA** steigt das reale Bruttoinlandsprodukt um reichlich 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um ca. 1% zu. In **Mitteleuropa** expandiert die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um fast 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. In **Westeuropa**, der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%; in Deutschland dürfte die Rate bei 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% liegen. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** beträgt im Schnitt des Jahres in den westlichen Industrieländern ungefähr 24 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) entsprechen etwa dem Niveau von 2001. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Jahresdurchschnitt innerhalb einer Bandbreite von 0,85 bis 0,95 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert in einer Größenordnung von 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%.

In **Frankreich** wird die gesamtwirtschaftliche Produktion zunehmend an Dynamik gewinnen. In erster Linie stimuliert die weltwirtschaftliche Erholung, aber auch die Wirtschaftspolitik gibt Anregungen. Letztere bleibt auf Nachfragestützung und Beschäftigungsstimulierung konzentriert, um die Chancen der jetzigen Regierung bei den Wahlen im Mai zu wahren. Von der Aufwärtsentwicklung werden alle großen Nachfrageaggregate erfasst. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte bei aufwärts gerichtetem Lagerzyklus um reichlich 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% expandieren. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage weiter. Der Preisaufrtrieb lässt zunächst noch nach, obwohl die Löhne etwas beschleunigt steigen. Die Leistungsbilanz schließt erneut mit einem Überschuss.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (ca. + 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%) wird am raschesten an Schwung gewinnen. Die weltwirtschaftliche Erholung im Allgemeinen und der konjunkturelle Aufschwung in Westeuropa im Besonderen geben kräftige Anregungen. Zudem begünstigt der Wechselkurs des US-Dollar den Export nach wie vor. Bei weiterhin eher mäßigem Lohnanstieg bleibt die internationale Wettbewerbsfähigkeit gut oder verbessert sich sogar nochmals. Die **Einfuhr** steigt etwas stärker als die Auslandslieferungen. Da jedoch die Terms of Trade eine spürbare Besserung erfahren, dürfte die **Leistungsbilanz** in Relation zum BIP mit einem Aktivsaldo abschließen, der ungefähr jenem des Jahres 2000 entspricht.



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** erhöhen sich um rund  $3\frac{1}{2}\%$ . Hinter dieser Rate steht eine kräftige Beschleunigung, beginnend im Sommerhalbjahr. Das gilt in erster Linie für die Ausrüstungsinvestitionen. Verbesserte Absatz- und Ertragserwartungen, niedrige Zinsen sowie gute Kapazitätsauslastung beflügeln die Investitionsneigung. Die Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie dürfen um die Jahreswende 2001/2002 zumindest dem langfristigen Durchschnitt entsprechen. Hinzu kommt die verstärkte Notwendigkeit zur Forcierung der Rationalisierungsinvestitionen, um die Auswirkungen des Übergangs zur 35-Stunden-Woche kostenmäßig nach Möglichkeit aufzufangen. Außerdem werden noch bestehende technologische Lücken beseitigt. Der Wirtschaftsbau gewinnt ebenfalls neuen Schwung, und in die staatliche Infrastruktur wird kräftiger investiert mit Blick auf die Wahlen im Mai. Der Wohnungsbau wird vermutlich erst im späteren Verlauf des Jahres von niedrigen Zinsen und günstigem Konsumklima angeregt werden.

Der **private Konsum** dürfte bei besser werdendem Konsumklima um fast  $2\frac{3}{4}\%$  expandieren. Die Regierung wird zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um die Verbraucher bei Kaufaune zu halten, denn davon hängen Konjunktur und die Chancen ihrer Wiederwahl maßgeblich ab. Stimulierend wirken etwas rascher steigende Reallöhne, Steuererleichterungen sowie die weiter verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt. Auch könnte die Sparquote im späteren Verlauf des Jahres bei sich abzeichnender Konjunkturerholung etwas sinken. Der **öffentliche Verbrauch** wird wieder um rund 2% ausgeweitet, wobei im ersten Halbjahr eine Beschleunigung unterstellt werden kann.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Lage allmählich weiter. Die Regierung wird alles tun, um die Fortsetzung dieses, während der letzten Jahre zu beobachtenden und das Konsumklima günstig beeinflussenden Trends si-

cherzustellen. Die Einführung der 35-Stunden-Woche in Kleinunternehmen, flankiert durch niedrigere, von den Unternehmen zu leistende Sozialabgaben trägt hierzu ebenso bei wie die Fortführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms für Jugendliche. Bereinigt um diese Sondereffekte wird der Arbeitsmarkt als typischer Nachläufer der Konjunktur jedoch erst im weiteren Verlauf des Jahres reagieren. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf etwa  $8\frac{1}{4}\%$  zurückgehen.

Die **Konsumentenpreise** liegen im Jahresdurchschnitt um reichlich  $1\frac{1}{2}\%$  über dem Niveau von 2001. Externe Teuerungsimpulse werden schwächer. Eine leichte Beschleunigung des Lohnanstiegs wird kompensiert durch größere Produktivitätsfortschritte sowie durch Steuer- und Abgabenerleichterungen.

Abgeschlossen am 17. Juni 2001